

## Übersicht über Anträge an die 4. Tagung des 1. Landesparteitages am 14. November 2009 in der Theodor Haubach-Schule

TOP	Nummer	Titel (Antragsteller)	Eingang Lgst.
7	7-G01	Antrag zur Änderung der Landessatzung (Landesvorstand)	08.10.2009
8	8-G01	Antrag zur Einrichtung von Delegiertenwahlkreisen (Landesvorstand)	08.10.2009
9	9-G01	Unverzichtbar: Opposition für Frieden, Arbeit, Bildung und Kultur! (AG Studierendenpolitik)	15.10.2009
9	9-G01-E01	Unverzichtbar: Opposition für Frieden, Arbeit, Bildung und Kultur! <i>Ersetzungsantrag zu 9-G01</i> (AG Studierendenpolitik, Stadtteilgruppe Winterhude- Eppendorf)	02.11.2009
9	9-G02	Arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Konferenz der Hamburger LINKEN (Olga Fritzsche, Gerald kemski, Rainer Volkmann und Hartmut Obens)	21.10.2009
9	9-G03	Bachelor- und Master müssen weg. (AG Studierendenpolitik)	23.10.2009
9	9-G04	Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Fraktionen und Partei (Christian Kruse; für DIE LINKE. Ortsverband Alstertal und Walddörfer)	27.10.2009
9	9-G05	Stadtpolitische Konferenz: Opposition für einen Politikwechsel (BV HH-Mitte)	29.10.2009
9	9-G06	Hamburg braucht dringend eine Verkehrsund Energiewende! (DIE LINKE.Hamburg-Nord; Stadtteilgruppe Winterhude - Eppendorf - Hoheluft-Ost)	02.11.2009
9	9-G07	Brandenburg muss am Braunkohleausstieg festhalten! (DIE LINKE.Hamburg-Nord; Stadtteilgruppe Winterhude - Eppendorf - Hoheluft-Ost)	02.11.2009
9	9-G08	Für eine Vergesellschaftung der Energiekonzerne - nicht nur, aber auch in Nordrhein-Westfalen! (DIE LINKE.Hamburg-Nord; Stadtteilgruppe Winterhude - Eppendorf - Hoheluft-Ost)	02.11.2009
9	9-G09	Alle Atomtransporte - auch durch Hamburg - müssen gestoppt werden! (DIE LINKE.Hamburg-Nord; Stadtteilgruppe Winterhude - Eppendorf - Hoheluft-Ost)	02.11.2009
9	9-G10	Zur Haushaltsklausur des Senats: DIE LINKE zeigt dem Senat gangbare Alternativen auf, wo Geld zu holen ist (DIE LINKE.Hamburg-Nord; Stadtteilgruppe Winterhude - Eppendorf - Hoheluft-Ost)	02.11.2009

<b>Titel</b>	Antrag zur Änderung der Landessatzung
<b>Tagesordnungspunkt</b>	7
<b>Antragsteller</b>	Landesvorstand
<b>Datum</b>	08.10.2009

## **Antrag zur Änderung der Landessatzung**

**§ 11 (6) der Landessatzung der Partei DIE LINKE wird wie folgt neu gefasst.**

- (6) Der Landesparteitag wählt:
- den Landesvorstand,
  - die ~~5 bis 7 Mitglieder umfassenden~~ Landesschiedskommission,
  - die Mitglieder der 3 bis 5 Mitglieder umfassenden Landesfinanzrevisionskommission.

**§ 26 (1) der Landessatzung der Partei DIE LINKE wird wie folgt neu gefasst.**

(1) Diese Landessatzung wurde am 07.07.2007 auf dem 1. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Landesverband Hamburg angenommen. Sie tritt mit ihrer Beschlussfassung in Kraft. Sie wurde mit ~~Beschluss~~ Beschlüssen der dritten Tagung des Gründungsparteitages am 05.01.2008 und der vierten Tagung des 1. Parteitages geändert. Die Änderungen ~~tritt~~ treten mit der Beschlussfassung in Kraft.

### **Zur Begründung:**

Im Rahmen der Parteineubildung wurde im Zuge der Satzungsgebung auf der ersten Tagung des Gründungsparteitages ein Widerspruch zum zur Bundesschiedsordnung produziert, die eine Mindestgröße aller Landesschiedskommission von 6 vorsieht. Die Landessatzung traf hier eine eigene Regelung von 5-7 Mitgliedern in der Landesschiedskommission. Dieser Widerspruch muss ausgeräumt werden um "Rechtssicherheit" herzustellen. Durch die Streichung einer konkreten Zahl gilt (auch für den Fall einer Änderung dort) die Zahl der Bundesschiedsordnung.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Ja: ____   Nein: ____   Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja   <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

<b>Titel</b>	Antrag zur Einrichtung von Delegiertenwahlkreisen
<b>Tagesordnungspunkt</b>	8
<b>Antragsteller</b>	Landesvorstand
<b>Datum</b>	08.10.2009

## Antrag zur Einrichtung von Delegiertenwahlkreisen

Der Landesparteitag möge beschließen, gemäß § 8 (6) Landessatzung in Verbindung mit § 16 der Bundessatzung folgende Delegiertenwahlkreise für die Wahl der Delegierten zum 2. Bundesparteitag der LINKEN im Landesverband Hamburg einzurichten:

- 01 Altona
- 02 Bergedorf/Harburg
- 03 Eimsbüttel
- 04 HH-Mitte
- 05 HH-Nord
- 06 Wandsbek

Stimmberechtigt auf den Mitgliederversammlungen zur Wahl der Bundesparteitagsdelegierten sind die Mitglieder der Bezirksverbände. Die Einberufung der Versammlungen erfolgt grundsätzlich durch die jeweiligen Bezirksvorstände, im DWK 02 gemeinsam durch die Bezirksvorstände Bergedorf und Harburg.

### Begründung:

Gemäß dem Delegiertenschlüssel für den 2. Bundesparteitag der LINKEN hat der Hamburger Landesverband 12 Delegierte, die gemäß Bundessatzung **paarweise** nach dem Disvisorenverfahren von Adams in Delegiertenkreisen gewählt werden. Laut unserer Landessatzung entsprechen diese Delegiertenkreise grundsätzlich den Bezirksverbänden.

Solange aber der Landesverband insgesamt jedoch *„weniger als 3mal so viele Delegierte zum Bundesparteitag entsendet, wie die Anzahl der Bezirke, in die er sich untergliedert, gliedert sich der Landesverband in Delegiertenkreise, die auf Vorschlag des Landesvorstandes durch den Landesparteitag beschlossen werden. Damit soll erreicht werden, dass Mitglieder aus allen Bezirken annähernd gleichberechtigt auf dem Bundesparteitag vertreten sind.“*

Im konkreten Fall schlagen wir diese Untergliederung vor, um zu gewährleisten, dass aus den 5 mitgliederstärkeren Bezirken jeweils 2 Delegierte entsendet werden können, und aus den beiden deutlich mitgliederschwächeren zusammen 2 Delegierte kommen.

### Anlage:

Wahlkreis	BV	Mitglieder	Frauen (abs.)	Frauen (%)	Mandate	Mitgl./Mand.
01	BV Altona	257	53	20,6%	2	129
02	BV Bergedorf	56	14	25,0%	2	77
	BV Harburg	97	17	17,5%		
	Gesamt	153	31	20,3%		
03	BV Eimsbüttel	189	43	22,8%	2	95
04	BV Hamburg-Mitte	276	66	23,9%	2	138
05	BV Hamburg-Nord	252	62	24,6%	2	126
06	BV Wandsbek	245	47	19,2%	2	123
Summe		1372	302	22,0%	12	114

Mitgliederstand zum 30.09.2009

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Ja: ____   Nein: ____   Enthaltungen: ____
	Angenommen: <input type="radio"/> Ja   <input type="radio"/> Nein

<b>Titel</b>	Unverzichtbar: Opposition für Frieden, Arbeit, Bildung und Kultur!
<b>Tagesordnungspunkt</b>	9
<b>Antragsteller</b>	AG Studierendenpolitik Stadtteilgruppe Winterhude-Eppendorf  <b>Der Antrag 9-G01 wurde von der Antragstellerin zugunsten dieses Ersetzungsantrag zurückgezogen.</b>
<b>Datum</b>	02.11.2009

## **Unverzichtbar: Opposition für Frieden, Arbeit, Bildung und Kultur!**

*„Eine demokratische Machtperspektive für das linke Lager kann es nur geben, wenn Lafontaine und Gysi nicht nur mit ihren utopischen Verheißungen brechen, sondern auch mit den revolutionären Hintersassen in ihrer Partei. Eine solche Sozialdemokratie braucht nicht zuletzt die Wirtschaft, der zwischenzeitlich abhandengekommen zu sein scheint, wie abhängig sie von demokratischen Verhältnissen ist. Zwar machen viele Unternehmen auch gute Geschäfte in unfreien Ländern und erzielen enorme Gewinne in der transnationalen Sphäre der Finanzwelt, doch die Früchte solcher Transaktionen genießen ihre Eigentümer gern in geordneten Verhältnissen.“*

Stefan Dietrich, „Wozu SPD?“, Leitkommentar der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ („FAZ“), 30.9.'09.

*„Geldwechsler, Bankiers, hast du sogar Mit der Peitsche gejagt aus dem Tempel –Unglücklicher Schwärmer, jetzt hängst du am Kreuz Als warnendes Exempel!“*

Heinrich Heine, „Deutschland– Ein Wintermärchen“, Caput XIII, 1844.

### **1) Die Krise – eine fortgesetzte Erschütterung oder**

#### **„Gute Geschäfte in unfreien Ländern“**

Nach einer gelinden Eindämmung soll die Krise der Finanzmärkte, der Weltkonjunktur und ratloser Regierungspolitik durch Schwarz-Gelb in der bundesdeutschen Zentralverwaltung fortgesetzt werden. Kriegführung, Sozialabbau, die Kommerzialisierung des öffentlichen Sektors, das Lohndumping und schrilles Budengeläut sind trotz ihrer allgemeinen Schädlichkeit bzw. weit verbreiteter Ablehnung in der Bevölkerung auf der Agenda der Koalitionsgespräche in Berlin. Die SPD wird wegen ihres schlechten Wahlergebnisses bedauert, weil sie für die Reparatur nach wie vor gebraucht wird. Die LINKE soll domestiziert werden, damit nur ja nicht die Gefahr sozialer Progression entsteht. Der Arzt am Krankenbett soll eine Krankenschwester haben. Jede Gesundheitsreform habe ihre Grenzen.

### **2)Hamburg: Schwarz-Grün bleibt hauptsächlich Schwarz**

Trotz des Reförmchens der Primarschule bleibt die Regierungspolitik in der Hansestadthandelskammernah, konservativ, unsozial und demokratisch fragwürdig. Die Schlotte rauchen, die „Elbphilharmonie“ steigt auch finanziell in die Höhe, die HSH Nordbank ist gut für jeden Skandal, Schulgeld und Studiengebühren selektieren sozial, Abschiebungen sind trauriger Alltag, die Polizei lenkt nicht nur den Verkehr, das staatlich geförderte Tamm-Museum verherrlicht das Militär und der Senat huldigt dem business as usual. Preis, Leistung und Arbeitsbedingungen erweisen umfassend, dass die Stromversorgung und das Gesundheitswesen (Vattenfall und „Asklepios“) wieder in die öffentliche Hand gegeben werden müssen. Schwarz-Grün ist eine Plage.

### 3)Partei sein

Die LINKE muss deshalb ihre produktive Rolle als Oppositionspartei gemeinschaftlich weiterentwickeln – durch Aufklärung und politische Intervention als solidarische Programm- und Mitgliederpartei. In diesem Verständnis ist die geplante Kooperation zwischen der parlamentarischen Arbeit und dem Engagement in den außerparlamentarischen Bewegungen zu intensivieren. Die Verständigung zwischen den Bezirken wird neu aufgenommen. Die Bildungsarbeit zu aktuellzentralen Themen hat einen festen Platz im Parteileben. Die Diskussion zum Grundsatzprogramm wird inhaltlich sorgfältig und demokratisch seriös organisiert. Der Landesvorstand legt – in Kooperation mit den AGs und Bezirksvorständen – innerhalb der nächsten vier Wochen ein Entwicklungskonzept für diese Aufgaben vor. Jede lange und erfreuliche Reise beginnt mit dem ersten Schritt.

### 4) Allgemeines als Besonderes in der Tat

Positive Veränderungen bedürfen unserer Initiative. Auf die Richtung kommt es an. Diese wiederum bedarf der Überzeugung.

- Die LINKE beteiligt sich prinzipiell an den Aktivitäten der Friedensbewegung. Es bleibt dabei: Truppen raus aus Afghanistan!
- Der Kampf gegen die soziale Spaltung hat scharfe Konturen; für den Erhalt und Ausbausozialer Rechte und für tarifliche Arbeitsverhältnisse, gegen jede Form der Restriktion und Entwürdigung.
- Jegliche Privatisierung öffentlicher Leistungen ist zu stoppen; die Rekommunalisierung staatlicher Betriebe ist nachdrücklich zu erwirken (Wasser; Energie, Gesundheit usw.) .
- Bildung für Alle und auf allen Ebenen ist Schritt für Schritt stringent zu verwirklichen(Abschaffung der Studiengebühren und von Büchergeld etc.). Das umfasst ebenso die Schaffung regelrechter Berufsausbildungsplätze wie die „Eine Schule für Alle“.
- Das Engagement gilt auch dem Verbleib und dem Ausbau der Uni in Eimsbüttel.
- Der kritische Einsatz gegen Rassismus, Neofaschismus und Ausgrenzung ist das Wirken für eine humane Gesellschaft. Das Bündnis gegen Rechts ist in diesem Sinne ein linkes Bündnis.
- Der Ausbau eines kostengünstigen und bedarfsgerechten ÖPNVs gehört zu den Verbesserungen der sozialen Lebensqualität. Die Nutzung regenerativer Energien statt Atomenergie und „Moorburg“ ist für deren Reproduktion unverzichtbar.
- Der Kampf für die praktische Realisierung der Grundrechte richtet sich auch gegen die Militarisierung im Inneren.
- Kultur für Alle bedeutet auch und nicht zuletzt die volle öffentliche Subvention für alle entsprechenden Einrichtungen.

*„Warum sage ich das alles? Weil ich finde, daß wir uns nicht fürchten sollen, nicht vor Wortgespenstern wie ‚Kommunismus‘. Denn unsere Furcht ist die Quelle des Muts für unsere Feinde.“*

Thomas Mann, „Schicksal und Aufgabe“, 1944.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Ja: ____   Nein: ____   Enthaltungen: ____
	Angenommen: <input type="radio"/> Ja   <input type="radio"/> Nein

<b>Titel</b>	Arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Konferenz der Hamburger LINKEN
<b>Tagesordnungspunkt</b>	9
<b>Antragsteller</b>	Olga Fritzsche, Gerald kemski, Rainer Volkmann und Hartmut Obens
<b>Datum</b>	21.10.2009

Der Landesparteitag möge beschließen:

**Der Landesvorstand wird beauftragt, im ersten Quartal 2010 eine arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Konferenz der Hamburger LINKEN, durchzuführen.**

**Auf dieser Konferenz sollen die Alternativen von Gewerkschaftern und Experten der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zur Politik der neuen schwarz-gelben Bundesregierung und des Hamburger schwarz-grünen Senats diskutiert und für die politische, gewerkschaftliche und parlamentarische Arbeit der Partei in Hamburg nutzbar gemacht werden. Angefragt werden Referenten aus den Bundesvorständen des DGB sowie Ver.di und IGM, der Gruppe Alternative Wirtschaftspolitik, der Bundestags- und Bürgerschaftsfraktion der LINKEN sowie prominente Hamburger Gewerkschafter und Vertreter der Erwerbslosenbewegung. Zielsetzung der Konferenz soll sein, weitere Grundlagen und Materialien für ein arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitisches Programm der Hamburger LINKEN zu erarbeiten, wie es in Ansätzen bereits von der "AG 50.000 neue Arbeitsplätze für Hamburg" vorgeschlagen wurde.**

Begründung:

*Der durch die Krisenfolgen im Frühjahr 2010 zu erwartende Anstieg der Massenarbeitslosigkeit im Bundesgebiet und in Hamburg wird eine dramatische Zuspitzung erhalten, zumal sich dann auch die ersten Wirkungen der neuen schwarz-gelben Bundesregierung am Arbeitsmarkt zeigen und deutlich machen, welche Folgen die arbeitsmarkt- und sozialpolitische Abrissbirne von Union und FDP zeitigen werden. Es steht außer Frage, dass der Kampf um die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit in der BRD und in Hamburg im Zentrum der politischen Auseinandersetzung der nächsten Monate und Jahre stehen wird. Dafür sollte sich die Hamburger LINKE politisch, programmatisch und parlamentarisch wappnen.*

*Auf der gut besetzten arbeitsmarktpolitischen Anhörung der Bürgerschaftsfraktion am 8. September haben die befragten Experten (u. a. Wolfgang Rose von ver.di Hamburg, Peter Deutschland vom DGB Nord sowie Ralf Krämer vom Bundesvorstand ver.di) deutlich gemacht, dass das Konzept „50.000 neue Arbeitsplätze für Hamburg“ gute Voraussetzungen dafür bietet, den Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit in Hamburg politisch wirksamer zu führen. Das gilt umso mehr, wenn die schwarz-gelbe Bundesregierung und der schwarz-grüne Senat den politischen Druck erhöhen und es unausweichlich wird, dass sich die Gewerkschaften in die politische Offensive begeben. Dabei muss ihr die LINKE in Hamburg und der Bundesrepublik ein zuverlässiger Bündnispartner sein.*

*Daher müssen wir auch ein fachlich und politisch überzeugendes Konzept entwickeln, mit dem neue Arbeitsplätze in Hamburg geschaffen werden.*

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Ja: ____   Nein: ____   Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja   <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

<b>Titel</b>	Bachelor- und Master müssen weg.
<b>Tagesordnungspunkt</b>	9
<b>Antragsteller</b>	AG Studierendenpolitik
<b>Datum</b>	23.10.2009

## **Bachelor- und Master müssen weg.**

„Aber man hindert alle daran, wenn man auch nur einem verbieten will, seinen Fortgang in der Erkenntnis anderen mitzuteilen. Denn ohne diese Mitteilung im einzelnen ist kein Fortgang im ganzen möglich.“

G. E. Lessing, „Anti-Goeze“, 1778

Das Bachelor-Master-System ist rundum gescheitert.

Für die Studierenden sind dauernde formale Leistungs- und Prüfungsanforderungen und das modularisierte Häppchenlernen eine einzige Quälerei. Das führt auch zu einer erhöhten Zahl von Studienabbrüchen. Für die Lehrenden und KollegInnen der Verwaltung bedeuten sie zusätzlichen Stress. Wenn die strengen Studienpläne nicht einmal einen Blick in andere Fachbereiche der eigenen Universität erlauben, ist internationale Kooperation weit außerhalb des Horizonts. Die privatwirtschaftliche Akkreditierung machen diesen Unsinn zudem noch zu einer teuren Angelegenheit.

Gescheitert ist hier der Ansatz, Studium, Forschung und Lehre durch die reine ökonomische Verwertbarkeit zu beschränken.

Von Beginn an waren verkürzte Studienzeit, strikte Fristen, Credit-Points und Dauerprüfungen darauf gerichtet, dass im Studium nur noch das gepaukt wird, was zur unmittelbaren Berufsbefähigung nötig erscheint.

Die jetzige Ankündigung der Kultusministerkonferenz, in Folge der offenkundigen Probleme und der Kritik in den Bildungstreiks das Bachelor-Master-System überarbeiten zu wollen, wird der Dimension der bildungs- und wissenschaftspolitischen Katastrophe nicht gerecht, sondern soll das Übel retten.

Damit wissenschaftliche Kooperation, erfreulicher Erkenntnisgewinn, gesellschaftlich verantwortungsvolle Forschung und Lehre sowie die Bildung kritisch-mündiger Menschen kultiviert werden, muss das Bachelor-Master-System wiederabgeschafft werden.

Die Bachelor- und Masterstudiengänge müssen umgehend in die alten Studiengänge Diplom, Magister und Staatsexamen rückgeführt werden. Auf deren Grundlage kann eine inhaltlich fortschrittliche Studienreform verwirklicht werden, mit verantwortungsvollem Problembezug auf die Gesellschaft sowie dem Anspruch, dass emanzipatorisches Lernen Freude macht.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Ja: ____   Nein: ____   Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja   <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

<b>Titel</b>	Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Fraktionen und Partei
<b>Tagesordnungspunkt</b>	9
<b>Antragsteller</b>	Christian Kruse (für DIE LINKE. Ortsverband Alstertal und Walddörfer)
<b>Datum</b>	30.10.2008 / 27.10.2009

**DIE LINKE. Ortsverband Alstertal und Walddörfer fordert den Landesverband Hamburg auf, sich für eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Fraktionen und Partei einzusetzen und wie folgt Stellung zu nehmen und zu beschließen:**

Um die parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit mit der aktuellen Parteientwicklung besser in Einklang zu bringen und die historischen Erfahrungen mit der „Verparlamentarisierung“ von Parteien aufzuarbeiten, folgt DIE LINKE in Hamburg den folgenden Leitlinien:

- 1 Der kontinuierlichen und aktiven Mitarbeit von Mitgliedern in außerparlamentarischen Initiativen, Verbänden und den Gewerkschaften kommt besondere Bedeutung zu. Sie werden von der LINKEN nach Kräften unterstützt und insbesondere von den zu stärkenden Arbeitsgemeinschaften und Zusammenschlüssen wahrgenommen. Es wird erwartet, dass Abgeordnete, Ausschussmitglieder und Deputierte in den AGs mitarbeiten, dass die AGs den Fraktionen zuarbeiten und diese eng kooperieren. Hiermit wird ein ständiger Erfahrungs- und Informationsaustausch angestrebt.
- 2 Zur Koordination der Arbeit nehmen Fraktionsmitglieder regelmäßig an den jeweiligen Vorstandssitzungen teil. Den Bezirksfraktionen wird empfohlen, eine Anlaufstelle (Bürgersprechstunde) für soziale Bewegungen zu schaffen und zu bewerben.
- 3 Der Parteitag empfiehlt den Fraktionen, regelmäßig öffentliche Anhörungen und öffentliche Versammlungen über die Arbeit durchzuführen (Fraktion vor Ort).
- 4 Der Landesparteitag empfiehlt der Bürgerschaftsfraktion und die Bezirksparteitage den Bezirksfraktionen personelle Vorschläge für die Fraktionsvorstände, die die Fraktionen alle zwei Jahre wählen.
- 5 Der Landesvorstand wird beauftragt, zusammen mit den Fraktionen eine Mandatsträgerbeitragsordnung zu erstellen, die sozial gestaffelte Mandatsträgerbeiträge für Abgeordnete, zugewählte Bürger und Deputierte vorsieht. Den Fraktionen wird empfohlen, jeweils einen Projektfond einzurichten, der Initiativen vor Ort und demokratische und soziale Projekte unterstützt
- 6 Es wird davon ausgegangen, dass bei bezahlt tätigen Fraktionsgeschäftsführern, Pressesprechern und Landes- und Bezirksgeschäftsführern zwischen Parteivorständen und Fraktionen Einvernehmen hergestellt wird.
- 7 Es wird weiterhin davon ausgegangen, dass alle Beschäftigungsverhältnisse parteiöffentlich ausgeschrieben werden und erst nach Stellungnahmen der Vorstände besetzt werden. Transparenz ist wichtig, damit sich kein, letztendlich von Staatszuschüssen abhängiger Parlamentsapparat (wie bei anderen Parteien) entwickelt.
- 8 Die Fraktionen werden aufgefordert, ihre Geschäftsordnungen nach Beschlussfassung diesen Regeln anzupassen.

*Die weitere Begründung erfolgt mündlich.*

*Einstimmig beschlossen auf der Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Alstertal und Walddörfer am 21.10.2008.*

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Ja: ____   Nein: ____   Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja   <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

<b>Titel</b>	Stadtpolitische Konferenz: Opposition für einen Politikwechsel
<b>Tagesordnungspunkt</b>	9
<b>Antragsteller</b>	Bezirksverband Hamburg-Mitte (Beschluss vom 28.10.2009, einstimmig bei zwei Enthaltung)
<b>Datum</b>	29.10.2009

Der Landesparteitag möge befassen, beraten, beschließen:

## **Stadtpolitische Konferenz: Opposition für einen Politikwechsel**

Der Landesparteitag ruft eine stadtpolitische Konferenz ein. Im Frühjahr 2010 soll zur Halbzeit der schwarz-grünen Senatspolitik ein Fazit des oppositionellen Wirkens der außerparlamentarischen Bewegungen, der Partei und ihrer Fraktionen diskutiert werden. Ziel soll sein, die oppositionelle Bewegung(en) gegen die konservativ-liberale Politik in Bund und Hansestadt zu dynamisieren durch gemeinsame Verständigung über Einschätzungen, Perspektive und gemeinsame Aktionen. Dabei soll die Bündnispolitik und das Zusammenspiel von Außerparlamentarischem und Parlamentarischem besonders gewichtet werden.

### **Themen**

Die Konferenz soll eine diskussionsorientierte Arbeitstagung sein. Dazu sollen maximal zwei Grundsatzreferate (u. a. in Auseinandersetzung mit der neoliberalen Krisenpolitik und der hegemonialen Konsensbildung) zur Einleitung anregen und mindestens durch folgende Themen/Arbeitsgruppen geprägt sein. Zeit für die Berichte aus den Arbeitsgruppen und eine Abschlußdiskussion wird eingeplant.

- Einheitsschule und die Gebührenfreiheit des Studiums
- Gentrification: Hintergründe und Zusammenhänge der Aufschickung – Koordinierung des Widerstandes über die Bezirksgrenzen hinweg
- Friedensstadt Hamburg – Abrüstung und Truppenabzug weltweit!
- Rekommunalisierung der öffentlichen Dienste in Hamburg
- Die Krisenverantwortlichen als Krisengewinnler? – Der Kampf gegen Massenerwerbslosigkeit, Verarmung und Hoffnungslosigkeit – die gemeinsame Perspektive in den wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Auseinandersetzungen
- Der Kampf gegen Rechts ist der Kampf für Demokratie, Kultur und gleiche Rechte für alle Menschen

### **Auftrag**

Der Parteitag beauftragt den Landesvorstand in Zusammenarbeit mit VertreterInnen der Bezirksverbände, aller Zusammenschlüsse und der Bürgerschafts- und Bezirksversammlungsfraktionen mit der Vorbereitung und Durchführung der Konferenz. BündnispartnerInnen und VertreterInnen aus den Bewegungen, Gewerkschaften und Organisationen sollen als ReferentInnen und Mitdiskutanten eingeladen werden. Die Redaktion des Debattenorgans wird gebeten, die Konferenz publizistisch vor- bzw. nachzubereiten.

**„Sonstiges“**

Der Beschluss des Landesparteitages für eine Konferenz zum Antifaschismus bleibt hiervon unberührt und harrt weiterhin der Umsetzung.

**Begründung**

*„Wenn Menschen widerstehen, handeln Tatsachen.“  
Heinrich Mann, 1936.*

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Ja: ____   Nein: ____   Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja   <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

<b>Titel</b>	Hamburg braucht dringend eine Verkehrs- und Energiewende!
<b>Tagesordnungspunkt</b>	9
<b>Antragsteller</b>	DIE LINKE.Hamburg-Nord Stadtteilgruppe Winterhude – Eppendorf - Hoheluft-Ost
<b>Datum</b>	02.11.2009

## Hamburg braucht dringend eine Verkehrs- und Energiewende!

„Unser Ziel ist es, Radfahrer und Fußgänger, aber auch den ÖPNV zu stärken“ (Anja Hajduk, Stadtentwicklungssenatorin, in: „Die Welt“ vom 22.10.2009).

Jetzt wird über eine „intelligente Steuerung der Ampeln“ diskutiert. Wenn sich allmählich herumspricht, dass das „ständige Abbremsen und Anfahren des Verkehrs dank nicht intelligenter Ampelschaltungen“ schädlich für die Umwelt ist, so ist aus unserer Sicht diese Erkenntnis zu begrüßen. DIE LINKE fordert allerdings den schwarz-grünen Senat auf, nicht halbherzige „Lösungen“ zu präsentieren; es müssen alle 1713 Ampelanlagen in Hamburg auf den Prüfstand, nicht nur die Ampelanlagen rund um den Wandsbeker Markt.

DIE LINKE fordert eine soziale und ökologische Verkehrspolitik mit absolutem Vorrang für den öffentlichen Nahverkehr. DIE LINKE fordert einen „Runden Tisch“, offen nicht nur für den ADAC, sondern auch für VCD und ADFC, für DGB, ver.di, alle in der Bürgerschaft vertretenen Parteien, und alle Interessierten, auch Einzelpersonen, mit dem Ziel, tragfähige Lösungen zu erarbeiten, die den notwendigen Anforderungen an eine Umweltpolitik für Hamburg und den Interessen der Radfahrer und Fußgänger gerecht werden. Aus ökologischen und wirtschaftlichen Gründen ist eine Reduzierung der Preise (der Tarife) beim ÖPNV notwendig. Ziel muß eine deutliche Reduzierung des PKW- und LKW-Verkehrs (auch) in Hamburg sowie eine deutliche Förderung und Verbesserung des ÖPNV sein. Der Weg zu einer Verkehrs- und Energiewende muß endlich eröffnet werden.

Es muss geprüft werden, ob die beabsichtigte Einführung einer neuen U-Bahn-Linie sowie der Straßenbahn in Hamburg diesen Kriterien tatsächlich gerecht wird.

Wir bitten unsere Bürgerschaftsfraktion, einen Antrag mit diesem Inhalt kurzfristig in die Hamburger Bürgerschaft einzubringen und auf eine schnelle Beschlussfassung zu dringen.

Begründung: mündlich

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Ja: ____   Nein: ____   Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja   <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

<b>Titel</b>	Brandenburg muss am Braunkohleausstieg festhalten!
<b>Tagesordnungspunkt</b>	9
<b>Antragsteller</b>	DIE LINKE.Hamburg-Nord Stadtteilgruppe Winterhude – Eppendorf - Hoheluft-Ost
<b>Datum</b>	02.11.2009

## **Brandenburg muss am Braunkohleausstieg festhalten!**

Grundsätzlich ist zu begrüßen, dass in Brandenburg SPD und DIE LINKE Koalitionsverhandlungen aufgenommen haben, mit dem Ziel, dass beide Parteien in Zukunft das Land gleichberechtigt regieren wollen. Allerdings ist dies nicht um den Preis zu realisieren, dass der ökologischen Glaubwürdigkeit unserer Partei schwerster Schaden zugefügt wird. Das „Einknicken“ der LINKEN in Brandenburg in Sachen Kohleausstieg stellt ein solches Problem dar.

Begründung:

Man kann nicht erst ein Volksbegehren unterstützen mit dem Inhalt, bis 2040 „schrittweise aus der Braunkohle auszusteigen“ und auf 100 % erneuerbare Energien zu setzen, um dann bei den Koalitionsverhandlungen das alles „vergessen“ zu machen, sprich: über Bord zu werfen. Dies fügt dem Ansehen und der ökologischen Glaubwürdigkeit der LINKEN erheblichen Schaden zu.

Sollte sich die SPD in Brandenburg an diesem Punkt nicht bewegen, erscheint uns die Überlegung, eine rot-rote Koalition aus diesem Grund eventuell platzen zu lassen, keineswegs abwegig.

Wir bitten den Landesparteitag, unseren Antrag zu unterstützen und ihn dann an den Parteivorstand und den Landesverband Brandenburg der LINKEN schnellstmöglich weiterzuleiten.

Begründung: mündlich

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Ja: ____   Nein: ____   Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja   <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

<b>Titel</b>	Für eine Vergesellschaftung der Energiekonzerne – nicht nur, aber auch in Nordrhein-Westfalen!
<b>Tagesordnungspunkt</b>	9
<b>Antragsteller</b>	DIE LINKE.Hamburg-Nord Stadtteilgruppe Winterhude – Eppendorf – Hoheluft-Ost
<b>Datum</b>	02.11.2009

## **Für eine Vergesellschaftung der Energiekonzerne – nicht nur, aber auch in Nordrhein-Westfalen!**

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen der Partei DIE LINKE fordert in einem Entwurf für ein Landtagswahlprogramm für die Landtagswahl 2010 in Nordrhein-Westfalen u.a.:

*„Für dezentrale und kommunale Energieversorgungsstrukturen:  
die Energiekonzerne – in Nordrhein-Westfalen RWE und E.ON -  
müssen vergesellschaftet werden, ihre Netze gehören in öffentliches  
und demokratisch kontrolliertes Eigentum ...*

*Für den vollständigen Ausstieg aus der Atomenergie. ...“*

(Aus: Entwurf Landtagswahlprogramm, S. 4)

Diese Forderungen möchten wir ausdrücklich unterstützen, allerdings auch Vattenfall in die Liste der Energieriesen, die vergesellschaftet bzw. rekommunalisiert werden sollen, einbeziehen. Darüber hinaus erscheinen uns auch die friedenspolitischen Forderungen / Aussagen voll unterstützenswert. Wir unterstützen die energie-politischen Forderungen bzw. die Forderungen nach Vergesellschaftung bzw. Re-Kommunalisierung der Energiekonzerne u.a. aus folgenden Gründen (diese Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit):

### Begründung:

- •Die Energiekonzerne – insbesondere im Gas-Bereich – betreiben eine Abzocke zu Lasten der (End-) Verbraucher, die sich „gewaschen“ hat. Jahresabrechnungen von E.ON zum Beispiel sind in der Regel nicht transparent und nicht korrekt.
- •Die Energiekonzerne behindern den Ausstieg aus der Atomenergie, sie laufen gegen den Ausstieg Sturm.
- •E.ON und Vattenfall betreiben Schrott-Reaktoren wie zum Beispiel das AKW Krümmel.
- •Die Energiekonzerne behindern den Einsatz erneuerbarer Energien.

*Wir bitten den Landesparteitag, unseren Antrag zu unterstützen und ihn dem Parteivorstand wie auch dem Landesverband Nordrhein-Westfalen der LINKEN mit einem positiven Votum zukommen zu lassen.*

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Ja: ____   Nein: ____   Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja   <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

<b>Titel</b>	Alle Atomtransporte – auch durch Hamburg – müssen gestoppt werden!
<b>Tagesordnungspunkt</b>	9
<b>Antragsteller</b>	DIE LINKE.Hamburg-Nord Stadtteilgruppe Winterhude – Eppendorf - Hoheluft-Ost
<b>Datum</b>	02.11.2009

## **Alle Atomtransporte – auch durch Hamburg – müssen gestoppt werden!**

Mit unserem Antrag wollen wir die Relevanz dieses Themas für ein Zukunftsfähiges Hamburg unterstreichen.

Wir begrüßen und unterstützen die Initiative unserer Bürgerschaftsfraktion, die den schwarz-grünen Senat um Auskunft über die tatsächliche Anzahl der Atomtransporte gebeten hat, die in einem Jahr durch Hamburgs Straßen rollen. Außerdem fordert unsere Bürgerschaftsfraktion ein endgültiges Aus all dieser Atomtransporte, da sie in hohem Maße Menschenleben gefährden.

Wir kritisieren den Hamburger Senat und die Grünen, weil sie über die wirkliche Anzahl der Atomtransporte beharrlich keine Auskunft geben wollen. Nach Berechnungen unserer Fraktion kann man von ca. 190 Transporten pro Jahr ausgehen.

Wir fordern den Hamburger Senat auf, die Anfragen unserer Fraktion endlich vollständig und wahrheitsgemäß zu beantworten und sich nach Kräften dafür einzusetzen, dass ab sofort keine Atomtransporte mehr (auch) durch Hamburg stattfinden können.

Wir bitten unsere Bürgerschaftsfraktion, die Hamburger Bürgerschaft über den Inhalt unseres Antrags alsbald zu informieren.

Wir bitten den Landesparteitag, unseren Antrag zu unterstützen und ihn unserer Bürgerschaftsfraktion und unserem Parteivorstand zuzuleiten.

Begründung: mündlich

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Ja: ____   Nein: ____   Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja   <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

<b>Titel</b>	Alle Atomtransporte – auch durch Hamburg – müssen gestoppt werden!
<b>Tagesordnungspunkt</b>	9
<b>Antragsteller</b>	DIE LINKE.Hamburg-Nord Stadtteilgruppe Winterhude – Eppendorf – Hoheluft-Ost
<b>Datum</b>	02.11.2009

### Zur Haushaltsklausur des Senats:

#### **DIE LINKE zeigt dem Senat gangbare Alternativen auf, wo Geld zu holen ist**

Am 27.10.09 begibt sich der Hamburger Senat in die Haushaltsklausur. Zu erwarten sind drastische Einschnitte im sozialen Bereich, während umstrittene Großprojekte wie etwa die Elbphilharmonie (337,1 Millionen EUR Kosten für die Stadt), die Hafencity-U-Bahn U 4 (337,3 Millionen EUR geschätzte Gesamtkosten) offensichtlich völlig „tabu“ sind, von der „Rettung“ der HSH Nordbank erst gar nicht zu reden.

#### **DIE LINKE zeigt gangbare Alternativen zu dieser Finanz- und Wirtschaftspolitik auf:**

- Würden die 26 reichsten Hamburger, die zusammen über ein Gesamtvermögen von ca. 44,4 Milliarden EUR verfügen, zur Vermögensteuer veranlagt, mit der Konsequenz, dass sie auf ihr Vermögen 5 % Vermögensteuer zahlen müssten, dann könnten allein durch diese einzige Maßnahme Mehreinnahmen von 2,22 Milliarden EUR an Steuern pro Jahr erzielt werden.
- Bleibepremien, Abschiedsprämien, Sonderzahlungen (trotz Gehaltsbegrenzung) bei der HSH Nordbank: „Jeder nimmt sich, was er kriegen kann“. Es sind oder waren „Bleibepremien“ von bis zu 120.000 EUR pro Person für ca. 600 Mitarbeiter „im Gespräch“. „Abschiedsprämien“ und Sonderzahlungen: Vorstandsvorsitzender Nonnenmacher kassiert eine maßlose Bonuszahlung. Zuvor wurden Mitarbeitern Abschiedsprämien gezahlt, damit sie die Bank verlassen.
- Diese ganzen Schachereien müssen im Zusammenhang mit der geplanten Entlassung von 1.100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bis zum Jahre 2012 gesehen werden.
- Hätten Ole von Beust und Finanzsenator Michael Freytag diese Zahlungen verhindert und eine wirksame Gehaltsbegrenzung für Herrn Nonnenmacher erreicht, wären der Freien und Hansestadt Hamburg auf der Ausgaben-Seite Millionen-Beträge erspart geblieben. Senator Freytag zog es jedoch vor, das zuständige Gremium mit keinem Wort über die skandalöse Bonuszahlung zu informieren.
- Diese Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit; die Liste ließe sich fortsetzen.

#### **Wir bitten den Landesvorstand,**

- unseren Antrag zu unterstützen,
- in enger Zusammenarbeit mit unserer Bürgerschaftsfraktion auf der Grundlage unseres Antrags einen Flyer zu erstellen (in möglichst hoher Auflage),
- gemeinsam mit unserer Bürgerschaftsfraktion öffentlichkeitswirksam eine größere Veranstaltung zu der Thematik „HSH Nordbank“ vorzubereiten und durchzuführen. Die Veranstaltung sollte dazu dienen, die Alternativen der LINKEN aufzuzeigen.

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Ja: ____   Nein: ____   Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja   <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

## **Übersicht über Anträge an die 4. Tagung des 1. Landesparteitages am 14. November 2009 in der Theodor Haubach-Schule (Teil II)**

<b>TOP</b>	<b>Nummer</b>	<b>Titel (Antragsteller)</b>	<b>Eingang Lgst.</b>
9	9-G11	Unterstützung der Genossinnen und Genossen in NRW (linksjugend ['solid])	12.11.2009 22:35
9	9-G12	Ausländische Truppen haben in Afghanistan nichts zu suchen - Für einen sofortigen Abzug der Bundeswehr (linksjugend ['solid])	12.11.2009 22:35
9	9-G13	Für die sofortige Abschaffung der Bundeswehr Die Wehrpflicht gehört umgehend auf den Scheiterhaufen der Geschichte (linksjugend ['solid])	12.11.2009 22:35

<b>Titel</b>	Ausländische Truppen haben in Afghanistan nichts zu suchen – Für einen sofortigen Abzug der Bundeswehr
<b>Tagesordnungspunkt</b>	9
<b>Antragsteller</b>	Linksjugend ['solid]
<b>Datum</b>	12.11.2009 22:35

## **Ausländische Truppen haben in Afghanistan nichts zu suchen – Für einen sofortigen Abzug der Bundeswehr**

Der Landesparteitag möge beschließen,

- 1 dass der Landesvorstand Hamburg der Partei DIE LINKE Äußerungen, wie z.B. die des Thüringer Spitzenkandidaten bei den jüngsten Landtagswahlen, Bodo Ramelow, gegenüber der Tageszeitung Welt am Sonntag, die LINKE stehe nicht für einen sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan, öffentlich auf das schärfste verurteilt und öffentlich erklärt, dass er damit gegen die Grundsätze und das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2008 der Partei DIE LINKE verstößt und sich so parteischädigend verhält.
- 2 dass der Landesvorstand Hamburg der Partei DIE LINKE öffentlich bekannt gibt, dass u.a. der Hamburger Landesarbeitskreis und der Bundesarbeitskreis Shalom der Linksjugend ['solid] sowie der Berliner Landesvorsitzende der Partei DIE LINKE, Klaus Lederer, mit ihrer Unterstützung für den Angriffskrieg der israelischen Armee in Gaza ebenfalls den parteiinternen friedenspolitischen Konsens verlassen, gegen die Grundsätze der Partei DIE LINKE verstoßen und sich damit parteischädigend verhalten haben.
- 3 dass sich der Hamburger Landesverband dafür einsetzt, dass die Partei DIE LINKE dafür eintritt, dass die Auslandseinsätze der Bundeswehr gesellschaftlich geächtet und umgehend beendet werden. DIE LINKE muss weiterhin für den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan eintreten.
- 4 dass der Hamburger Landesverband der Partei DIE LINKE bei Entscheidungen innerhalb der Partei alle Planungen und die Durchführung von Kriegen durch die Bundesregierung weiterhin in Abstimmungen ablehnt, um den friedenspolitischen Kurs der LINKEN beizubehalten.
- 5 dass sich der Hamburger Landeverband dafür einsetzt, dass DIE LINKE alle Positionen innerhalb der Partei ablehnt, die einen Krieg von deutschem Boden oder mit deutscher Beteiligung relativieren bzw. diesen Kriegen zustimmen.
- 6 dass der Landesverband Hamburg der Partei DIE LINKE alle friedenspolitischen Anstrengungen, wie z.B. die Ostermärsche, Kampagnen usw. personell, finanziell und politisch unterstützt und trägt.
- 7 dass die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN keine akzeptablen politischen Partner sind, u.a. weil sie die Militarisierung der deutschen Außenpolitik in der Regierung betrieben haben und diese auch noch heute z.B. durch die Billigung des Afghanistaneinsatzes befürworten.
- 8 eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene grundsätzlich abzulehnen ist, weil sie die aktive Beteiligung der Partei an Kriegen durch die Bundesregierung voraussetzt.
- 9 dass DIE LINKE weiterhin für die Einrichtung einer anderen Gesellschaft jenseits von Kapitalismus und Krieg eintritt.

Begründung:

*Bodo Ramelow, Spitzenkandidat der Partei DIE LINKE bei den letzten Landtagswahlen in Thüringen, hat vor kurzem gegenüber der Welt am Sonntag behauptet, die LINKE stehe nicht für einen sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Man könne auch stufenweise die deutschen Soldaten zurückholen, so Ramelow weiter.*

*Die Kritik an der Militarisierung der deutschen Außenpolitik, die in erster Linie von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN betrieben und bis heute fortgesetzt wurde, und den von der Bundesrepublik mitgetragenen Kriegen ist ein politisches Herzstück der Linkspartei und des linken Selbstverständnisses. Wir als Jugendverband der Partei halten es für den vollkommen falschen Weg, wenn DIE LINKE ihre Antikriegsposition aufweicht oder verlässt. Wer diese Position aufgibt, gibt DIE LINKE auf.*

*Bodo Ramelows Vorstoß ist leider keine Einzelmeinung und kann nicht isoliert von der neuen Programmdebatte und dem Streit um die Neuausrichtung der Partei getrennt werden. Einzelne Parteimitglieder und -gliederungen, wie z.B. der Berliner Parteichef Klaus Lederer und der Bundesarbeitskreis Shalom der Linksjugend ['solid], haben bereits durch die Teilnahme bzw. Mitorganisation von Demonstrationen für den zerstörerischen israelischen Feldzug in Gaza um die Jahreswende gezeigt, wie weit sie bereit sind, im Ernstfall zu gehen. Mit Bodo Ramelow tritt nun ein Spitzenpolitiker der Partei offiziell die vereinbarten Grundsätze und das Wahlprogramm der LINKEN zur Bundestagswahl bewusst mit Füßen, um neue Spielräume in Richtung Kriegsbeteiligung innerhalb der Partei zu öffnen.*

*Sein Kalkül ist offensichtlich: Wer rot-rote oder rot-rot-grüne Bündnisse in den Ländern und vor allem im Bund eingehen möchte, muss seine Regierungsfähigkeit beweisen. Schon am Bundestagswahlabend hatte der ehemalige Bundesverteidigungsminister und SPD-Spitzenpolitiker, Peter Struck, im Fernsehen erklärt, dass eines der größten Probleme für Koalitionen die außenpolitischen Positionen der LINKEN seien, wie etwa die Forderung nach dem sofortigen Abzug der Truppen aus Afghanistan oder der Austritt aus der NATO.*

*Einigen Mitgliedern der Linkspartei ist die Regierungsbank offensichtlich wichtiger als die politischen Ziele und Inhalte. Wohin dieser Weg führt, hat die Geschichte der SPD und der GRÜNEN gezeigt. Der einzige Unterschied wäre, dass DIE LINKE deutlich weniger Zeit benötigen würde, um sich für die Regierungsmacht umzukrempeln.*

*Die schrittweise Aufweichung der Antikriegsposition, wie sie Bodo Ramelow lanciert, ist eine politische Offerte, ein Signal an die SPD. Dabei lässt sich die SPD nicht resozialdemokratisieren und auch nicht zur ihren vermeintlichen friedenspolitischen Wurzeln zurückführen. Das sind Mythen, die die SPD akzeptabel machen sollen. DIE LINKE darf nicht auf Regierungsbeteiligungen hinarbeiten, wenn sie sich nicht selber überflüssig machen will. Sie muss stattdessen als Teil einer linken gesellschaftlichen Kraft auftreten, die eine andere Einrichtung der Gesellschaft verfolgt.*

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Ja: ____   Nein: ____   Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja   <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

<b>Titel</b>	Unterstützung der Genossinnen und Genossen in NRW
<b>Tagesordnungspunkt</b>	9
<b>Antragsteller</b>	Linksjugend [!solid]
<b>Datum</b>	12.11.2009 22:35

## Unterstützung der Genossinnen und Genossen in NRW

Der Landesparteitag möge beschließen,

dass wir die Genossinnen und Genossen im Landesverband NRW in der Linie ihrer politischen Forderungen unterstützen, die im Landeswahlprogramm 2010 verankert wurden. Dabei beziehen wir uns insbesondere auf die Forderung nach der Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien, wie z.B. Energiekonzernen. Eine Einmischung und die Forderung nach der Abschwächung der linken Positionen, wie sie landespolitisch und auf der Bundesebene parteiübergreifend – auch von Teilen der LINKEN – vorgenommen wurden und werden, weisen wir entschieden zurück. Linke politische Grundsätze dürfen nicht dem Wunsch nach Regierungsbeteiligung zum Opfer fallen.

### Begründung:

*In der jüngsten Vergangenheit wurden die Forderungen der LINKEN in NRW gerade auch parteiintern als zu radikal zurück gewiesen. Das Gegenteil ist der Fall.*

*Mit diesen Forderungen von Teilen der LINKEN, die linke Positionen innerhalb der Partei abschwächen – und sich stattdessen für mehr Sozialdemokratie einzusetzen wollen, die einem „Ultrkapitalismus“ vermeintlich entgegenstehe, werden linke Ziele der Einrichtung einer Gesellschaft jenseits von Kapitalismus zugunsten einer möglichen Regierungsbeteiligung aufgegeben.*

*In einer Zeit, in der der Klassenantagonismus sich immer mehr zuspitzt und die kapitalistische Gesellschaftsformation immer mehr ihr wahres, nur auf Profit gerichtetes Gesicht zeigt, wird eine Benennung und der Kampf für gesellschaftliche Alternativen, die nicht auf der Ausbeutung von Mensch und Natur basieren, dringender denn je.*

*Als einen Teil davon begreifen wir die Forderungen der Genossinnen und Genossen in NRW und sehen diese daher als unbedingt unterstützenswert gegen Angriffe auch und gerade aus den eigenen Reihen.*

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Ja: ____   Nein: ____   Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja   <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

<b>Titel</b>	Für die sofortige Abschaffung der Bundeswehr Die Wehrpflicht gehört umgehend auf den Scheiterhaufen der Geschichte
<b>Tagesordnungspunkt</b>	9
<b>Antragsteller</b>	Linksjugend ['solid]
<b>Datum</b>	12.11.2009 22:35

## **Für die sofortige Abschaffung der Bundeswehr Die Wehrpflicht gehört umgehend auf den Scheiterhaufen der Geschichte**

Der Landesparteitag möge beschließen,

- 1 dass der Landesvorstand Hamburg der Partei DIE LINKE öffentlich erklärt, dass die Verkürzung der Wehrpflicht auf sechs Monate kein Schritt in Richtung der Position der Partei DIE LINKE ist, sondern lediglich ein Resultat von Uneinigkeiten zwischen den Parteien der neuen Bundesregierung und dass das weitere Festhalten am militaristischen Kurs in der Außenpolitik der Bundesregierung aufs schärfste zu verurteilen ist.
- 2 dass sich der Hamburger Landesverband dafür einsetzt, dass die Partei DIE LINKE weiterhin für die sofortige Abschaffung der Wehrpflicht eintritt, um den friedenspolitischen Kurs der LINKEN beizubehalten.
- 3 dass sich der Hamburger Landesverband dafür einsetzt, dass die Partei DIE LINKE ebenfalls für die Abschaffung der Bundeswehr eintritt. Die Schaffung einer professionalisierten Berufsarmee ist nicht das Ziel einer linken Forderung nach der Abschaffung des Kriegsdienstes.
- 4 dass sich der Landesvorstand der Partei DIE LINKE dafür einsetzt, dass die Partei DIE LINKE dafür eintritt, dass die mit der Abschaffung der Wehrpflicht wegfallenden Zivildienststellen umgehend durch vom Staat subventionierte, sozialpflichtige Vollbeschäftigungsverhältnisse ersetzt werden.
- 5 dass der Landesvorstand der Partei DIE LINKE öffentlich erklärt, dass die Bekennung der SPD in Person von Fraktionschef Frank Walter Steinmeier zur Wehrpflicht deutlich zeigt, dass es keine Resozialdemokratisierung und Öffnung der SPD nach links nach der Wahl gibt und eine Koalition zwischen der Partei DIE LINKE und der SPD deshalb abzulehnen ist.
- 6 eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene abzulehnen ist, weil sie die Zustimmung der Partei zur Wehrpflicht voraussetzt.
- 7 dass sich der Hamburger Landesverband dafür einsetzt, dass die Partei DIE LINKE dafür eintritt, dass die Werbeauftritte der Bundeswehr an Schulen gestoppt werden, da es auf das schärfste zu verurteilen ist, dass die Bundeswehr die Perspektivlosigkeit vieler Schüler für ihre Zwecke ausnutzt.

### Begründung:

*Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung haben sich die Koalitionsparteien FDP und CDU auf eine Verkürzung der Wehrpflicht auf 6 Monate geeinigt. Bei diesem Beschluss handelt es sich nicht um einen Schritt in Richtung der friedenspolitischen Position der Partei DIE LINKE.*

*Die Koalitionäre sind sich uneins über den weiteren Weg der deutschen Angriffs- und Kriegarmee und die Rolle der Wehrpflichtigen darin. Ihre Entscheidungen ändern nichts am militaristischen Kurs in der Außenpolitik der Bundesregierung, den sie fortsetzen will und der Kriege für deutsche ökonomische- und Machtinteressen überall auf der Welt als geeignete Verlängerung der Politik einschließt.*

*Die SPD in Person von Fraktionschef Frank Walter Steinmeier zeigte durch die Unterstützung des Erhaltes der Wehrpflicht einmal mehr, dass von einer Resozialdemokratisierung der SPD nicht die Rede sein kann. Sie verkündete in der Opposition ihre Treue zum Staat und zur Bundeswehr und bekannte sich zur Wehrpflicht.*

*Damit steht die SPD der Position der Partei DIE LINKE grundsätzlich entgegen und es ist mehr als deutlich, dass sie sie sich nicht zu ihren vermeintlichen friedenspolitischen Wurzeln zurückführen lässt.*

*DIE LINKE muss eine Koalition mit der SPD grundsätzlich ablehnen. Sie darf sich keine Mythen der Resozialdemokratisierung der SPD schaffen, die eine Koalition akzeptabel machen sollen. Stattdessen muss sie weiterhin als Teil einer linken gesellschaftlichen Kraft auftreten, die für die Einrichtung einer Gesellschaft jenseits von Kapitalismus und Krieg eintritt.*

*DIE LINKE muss an ihrer Forderung der sofortigen Abschaffung der Wehrpflicht und des umgehenden Endes aller Auslandseinsätze der Bundeswehr festhalten. Die Wehrpflicht ist unvereinbar mit einer aufgeklärten Gesellschaft.*

*Die Bundeswehr will mit der Wehrpflicht das Militär in der Gesellschaft verankern, Nachwuchs gewinnen, ein Reservoir an billigen und leicht verfügbaren Kräften besitzen, Wissenstransfers sicherstellen und einen Zugang zu qualifizierten Arbeitskräften haben.*

*Zu diesen Zwecken macht die Bundeswehr u.a. durch Besuche von Jungoffizieren und das Verteilen von Unterrichtsmaterialien Werbung an Schulen und versucht die jungen Schüler davon zu überzeugen, dass sie ein Arbeitgeber mit Perspektive und guten Angeboten für junge Menschen sei.*

*Damit setzt die Bundeswehr kaltblütig auf die Perspektivlosigkeit der Jugendlichen, von denen ein Großteil dazu gezwungen wird, jedes Jobangebot anzunehmen, das sich ihnen bietet. DIE LINKE muss sich dafür einsetzen, dass der Kriegsdienst nicht als Option für perspektivlose junge Schulabsolventen gesellschaftlich anerkannt wird. Eine durch und durch militarisierte Gesellschaft, in der Kriege und militärischer Zwangsdienst an der Tagesordnung sind, kann keine mündigen Menschen hervorbringen. DIE LINKE muss sich deshalb für die Abschaffung der Wehrpflicht und der Bundeswehr überhaupt einsetzen.*

<b>Abstimmungsergebnis:</b>	Ja: ____   Nein: ____   Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja   <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---